



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Departement des Innern

Zustellung über die Plattform «Consultations» ODER
per E-Mail an: Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch.

RRB Nr.: 1265/2025 26. November 2025
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Verordnung über die Änderung verschiedener Verordnungen im Bereich der beruflichen Vorsorge 2026 Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Verordnung über die Änderung verschiedener Verordnungen im Bereich der beruflichen Vorsorge 2026 Stellung nehmen zu können.

1. Grundsätzliches

Die Verordnung über die Änderung verschiedener Verordnungen im Bereich der beruflichen Vorsorge 2026 sieht verschiedene Änderungen vor in der Verordnung über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (FZV), der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2) sowie der Verordnung über die steuerliche Abzugsberechtigung für Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3). Gründe dafür sind u.a. die Einführung der 13. AHV-Rente, die Sicherstellung der kurzfristigen Liquidität sowie die Umsetzung verschiedener parlamentarischer Vorstösse. Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage grundsätzlich, stellt aber die nachfolgenden Anträge.

2. Anträge

2.1 Art. 53 Abs. 6 und 7 BVV2

2.1.1 Antrag

Der Regierungsrat beantragt die Ablehnung der Änderung von Art. 53 Abs. 6 und 7 BVV.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christoph Neuhaus
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Direktion für Inneres und Justiz
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion